

Schriftliche Fragen
mit den in der Woche vom 11. Mai 2009
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

11. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.):

Wie weit ist die Bundesregierung bisher mit der Umsetzung der einzelnen Beschlüsse des – gemeinsam vom Deutschen Bundestag am 4. November 2008 mit großer Mehrheit beschlossenen – Antrags „Den Kampf gegen den Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (bitte einzeln detailliert auflisten), und wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Umsetzung der im Antrag enthaltenen Beschlüsse realisiert zu haben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Christoph Bergner vom 13. Mai 2009:

Der mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. November 2008 „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (Bundestagsdrucksachen 16/10775 (neu) und 16/10776) erteilte Auftrag an die Bundesregierung wird aktiv umgesetzt.

Der Auftrag an ein Expertengremium aus Wissenschaftlern und Praktikern kann voraussichtlich im ersten Halbjahr 2009 erteilt werden, nachdem die Gespräche hinsichtlich der Besetzung des Expertengremiums u. a. mit den thematisch betroffenen Bundesressorts sowie anderen fachkundigen Stellen (z. B. Zentralrat der Juden) abgeschlossen sind.

Hinsichtlich des Aufbaus und der Pflege jüdischer Institutionen wird auf die auch heute schon stattfindende intensive Förderung verschiedener jüdischer Einrichtungen hingewiesen. So wird z. B. als Ausdruck der kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der jüdischen Gemeinschaft deren Dachorganisation, der Zentralrat der Juden, mit einer Staatsleistung in Höhe von 5 Mio. Euro pro Jahr gefördert.

Die in dem Bundestagsbeschluss zum Ausdruck gebrachte Erwartung, die Lehrpläne in den Schulen um Themen zum jüdischen Leben und zur jüdischen Geschichte zu erweitern, wurde an den Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz herangetragen und wird durch Kontakt mit diesem Gremium weiter verfolgt.

Die im Jahr 2007 gestarteten Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ werden einer umfangreichen wissenschaftlichen Begleitung und Programmevaluation unterzogen. Belastbare Erkenntnisse über die Wirkung der Programme werden mit den ersten Ergebnissen der Programmevaluation im Herbst 2009 vorliegen. Auf der Basis dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse wird die Bundesregierung ihre Bestrebungen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus weiterentwickeln, um im Anschluss an die aktuelle Projektphase ihrer Anregungskompetenz weiterhin nachzukommen. Finanziell wirksame Entscheidungen sind im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 2010 zu treffen.

Im Übrigen wird es eine der Aufgaben des Expertengremiums sein, eine eigene Einschätzung hinsichtlich wichtiger und erfolgreicher Modellprojekte und Empfehlungen zur Art und Weise der Finanzierung abzugeben.

Die Bemühungen hinsichtlich der Vorbereitung von Propaganda über Drittstaatenpolitik erfolgen durch das Auswärtige Amt.